Michael Beleites

Bürger dieser Stadt

30 Jahre sind vergangen seit jenem bewegenden Herbst 89. Viel hat sich verändert. Auch wir haben uns verändert. Gera ist eine lebenswerte Stadt geworden – aber der Stadt Gera ist ihre DDR-Vergangenheit auch noch anzusehen, so wie anderen ostdeutschen Städten auch.

Wir sind hier zusammengekommen, um zu feiern. 30 Jahre Friedliche Revolution. Und feiern wollen wir nicht nur, was wir erreicht haben. Feiern wollen wir heute auch die Erinnerung an den Aufbruch von 1989, an jene Befreiung, die wir vor 30 Jahren erleben und mitgestalten durften. Nein, das ist hier keine Gedenkveranstaltung. Wir trauern der DDR nicht nach und wir hatten hier keine Opfer zu beklagen, wir hatten eine unblutige Revolution.

Natürlich war die 89er Wende keine allein und originär Geraer Geschichte. Aber Gera hat in dieser Geschichte eine originäre, durchaus beachtenswerte Rolle gespielt. Gerade das, was viele als das Provinzielle dieser Stadt empfunden hatten, wurde während der Wendezeit ihr Vorteil: Die örtliche und regionale Perspektive der Akteure ermöglichte praktikable Lösungen und eröffnete gangbare Wege.

Seit dem Machtantritt von Michail Gorbatschow in Moskau 1985 war Bewegung in das sozialistische Lager gekommen. Und Hoffnung. Aber die SED-Führung in der DDR hatte sich bis zuletzt gegen die Reformpolitik aus Moskau gestemmt. Das gesellschaftliche Klima in der DDR war von einer wachsenden Entfremdung geprägt: Auf der politischen Bühne wurden dieselben Inszenierungen immer und immer wieder zur Aufführung gebracht. Aber das Publikum hatte aufgehört, dieses Theater ernst zu nehmen. So wurde das Drama des real existierenden Sozialismus zuletzt nur noch als eine Komödie wahrgenommen. Auch unter den Bühnendarstellern selbst regten sich Zweifel. Vor allem aber war für viele der tägliche Rollenwechsel zwischen offiziellem und privatem Leben nun nicht mehr erträglich. Die Maske, die man sich immer beim Verlassen des Hauses aufgesetzt hatte, verschwand in der Mülltonne. Und in dem Moment, als man offen und authentisch auf die Straße ging, fühlte man sich frei.

Ich war im Herbst 1981 aus einem Dorf bei Zeitz nach Gera gekommen, um am Geraer Naturkundemuseum eine Ausbildung als Präparator zu beginnen. Im Zeitz-Weißenfelser Braunkohlerevier war ich von Kind auf mit einer Bergbausituation konfrontiert gewesen. Auch Gera war damals von Bergbau geprägt. Hier war es nicht Kohle-, sondern Uranbergbau. Was in Gera völlig anders war, war die Atmosphäre: Während im Kohlerevier überall über den Dreck und die untergepflügten Landschaften gesprochen wurde, herrschten in der Uranprovinz Angst und Schweigen. Sobald die Worte *Uran* oder *Wismut* fielen, verstummten die Gespräche. Nicht die Halden am östlichen Horizont, sondern dieses quälende Klima bedrückte mich in dieser Stadt.

Als 1986 die Nachricht von der Atomkatastrophe in Tschernobyl zu uns drang, kam auch unter den Menschen in Gera eine Wut auf, weil nirgendwo klare Auskünfte zu bekommen waren, die eine sachgerechte Einordnung der radioaktiven Umwelt- und Gesundheitsrisiken im Wismut-Gebiet ermöglichten. In dieser Situation ging ich – als damals 22-jähriger – daran, Informationen zu dem gesundheitlichen und ökologischen Gefahrenpotenzial des Uranbergbaus zusammenzutragen. Freunde aus der unabhängigen Umweltbewegung ermutigten mich, dazu eine Dokumentation zusammenzustellen. So entstand im Laufe des Jahres 1987 das Manuskript meiner Untergrundschrift „Pechblende – Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen“. Derjenige, der mich dabei am meisten unterstützt hatte, war der Physiker Sebastian Pflugbeil aus Ost-Berlin. Er gehörte zu jenem Kreis um Bärbel Bohley, der im September 1989 das Neue Forum begründet hatte. So kam dann der Impuls der Sammlungsbewegung Neues Forum auf zwei Wegen nach Gera: Michael Stolle brachte ihn aus Halle mit und ich aus Ost-Berlin.

Mit der Konstituierung des Neuen Forum in Gera begann auch das Besondere der Geraer Wende-Geschichte: In Gera bildete sich das Neue Forum nicht aus jungen intellektuellen Dissidenten, die jahrelang in abgeschlossenen Zirkeln gelebt und von der Stasi an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden waren. Das Neue Forum in Gera wurde von Menschen gebildet, die fest im Volk verwurzelt waren, von bodenständigen Praktikern; Handwerkern, Kleinunternehmern und Ärzten. Über das Ziel der Wiederherstellung des Landes Thüringen war man sich hier schnell einig. Ansonsten hielt man sich hier nicht lange bei den politischen Philosophien auf. Es ging zunächst um das Wohl dieser Stadt. Die im Neuen Forum Gera versammelten Menschen waren praktisch veranlagt – und kannten die Nöte dieser Stadt. Sie wussten, wer in der Stadtverwaltung wofür zuständig war, wen man ansprechen konnte – und wen lieber nicht. In Gera fand man kurze Wege und konnte mitunter

schnellere und einfachere Lösungen finden. Die Mitglieder des Neuen Forum Gera agierten nicht als „Vertreter" übergeordneter Gruppierungen oder Ideen, sondern als *Bürger dieser Stadt*.

In genau diesem Punkt unterschieden sich auch die Geraer Begründer der Sozialdemokratischen Partei von SDP-Gründern in anderen Städten. Auch bei den Geraer Sozialdemokraten waren Menschen versammelt, die sich nicht bei ideologischen Fragen aufhielten, sondern das praktisch Machbare in den Blick nahmen. Ich selber verkörperte damals eher den politischen Typus derer, die die Bürgerrechtsgruppen in anderen Städten prägten, begann aber schnell, die Bodenhaftung und den pragmatischen Stil der Geraer Initiativen zu schätzen.

Gera war die einzige größere Stadt der DDR, in der es in den 80er Jahren keine kirchlichen Basisgruppen gab. So traten auch die Kirchen erst relativ spät zum Geschehen dazu. Von dem Moment aber, als ab Mitte Oktober 1989 donnerstags Demonstrationen organisiert wurden, waren auch hier die Kirchen mit im Boot. Das Friedensgebet in der Johanniskirche war und blieb über all die Wendemonate hinweg, der Ausgangspunkt für die wöchentlichen Demonstrationen. Und der Lusaner Pfarrer Roland Geipel wurde die prägende Geraer Stimme der friedlichen Revolution. Ich bin sehr froh und dankbar, dass ich in dieser bewegten Zeit eng mit ihm zusammenarbeiten durfte. Und ich bin sehr froh, dass die Stadt Gera Roland Geipels herausragendes Engagement heute würdigt!

Und – auch das muss einmal gesagt werden – wir haben damals deutlich mehr Kraft dafür investiert, dass dieser Veränderungsprozess gewaltfrei verläuft, als dafür, dass er schneller verläuft. Es war bei weitem nicht selbstverständlich, dass wir diese Geschichte rückblickend als eine „friedliche Revolution" bezeichnen können! Und die Gewaltfreiheit dieses Umbruchs haben wir Akteuren auf beiden Seiten des Geschehens zu verdanken!

Mitunter werden in der Rückschau das Demonstrieren und das Verhandeln gegeneinander ausgespielt. Diese Leute haben nicht verstanden, was das *Prinzip einer friedlichen Revolution* ist: nämlich genau das Zusammenspiel von Demonstrieren und Verhandeln. Wenn viele Menschen auf der Demo waren, hatten wir es bei den anschließenden Verhandlungen am Runden Tisch oder im Bürgerkomitee spürbar leichter, als wenn den Verhandlungen eine schwache Demo vorangegangen war. Daher hier noch einmal ein ganz großer Dank an alle, die auch bei Regen und Schnee, bei Wind und Kälte den ganzen Herbst und Winter 1989/90 hindurch regelmäßig donnerstags auf die Geraer Straßen gekommen sind, um zu demonstrieren!

Der 9. November 1989, der Tag des Mauerfalls, war ein Donnerstag. In Gera wurde demonstriert. Auf der Demo traf ich Jens Fischer, der erst später dazugekommen war. Er hatte es kurz vorher noch im Radio gehört, dass die Grenzen offen sind – und er erzählte mir das. Im Wissen um die Grenzöffnung lief ich nun inmitten der Tausenden Demonstranten, die davon noch nichts wussten. Je länger ich darüber nachdachte, desto selbstverständlicher erschien mir dieser Schritt. Ein im Inneren befreites Land konnte nicht auf Dauer seine Bevölkerung eingesperrt lassen. Wir alle haben uns riesig gefreut über das nun erlebbare gemeinschaftliche Gefühl von Befreiung und Einheit! Zeitweise waren wir aber auch in Sorge, der öffentliche Druck für die anstehenden politischen Reformen würde nachlassen, wenn nun aller erst mal in den Westen reisen.

Wieder einen Monat später, Anfang Dezember 1989, trat die Stasi-Auflösung auf die Tagesordnung. Auch hier spielte Gera eine besondere Rolle. Einen Rückblick, den Roland Geipel und ich vor 20 Jahren verfassten, überschrieben wir mit: *Späte Besetzung – frühe Aktenöffnung*.[1] Im Bürgerkomitee zur Stasi-Auflösung kam auch die Rolle Geras als Bezirksstadt zum Tragen. Und da waren insbesondere die Belange Jenas mit zu berücksichtigen. So unbedeutend in den 80er Jahren das politisch oppositionelle Engagement in Gera war – umso bedeutender war es in Jena. So kam im Dezember 1989 Jörn Mothes als Vertreter der Evangelischen Kirche Jenas mit ins Bürgerkomitee und ab Sommer 1990 engagierte sich der aus Jena stammende Schriftsteller Jürgen Fuchs mit für die Öffnung der Stasi-Akten über die oppositionellen Gruppen Jenas.

Eine weitere Besonderheit der Geraer Wende-Geschichte besteht darin, dass wir auf der Seite des Staates dialogbereite und dialogfähige Menschen als Gegenüber fanden. Dass mit den beiden neu ins Amt gekommenen staatlichen Repräsentanten, dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Gera, Helmut Luck, und dem Leiter der Stasi-Bezirksverwaltung, Michael Trostorff, zwei offene, verständige und kommunikative Staatsvertreter unsere Verhandlungspartner wurden, war ein Glücksumstand für Gera. Ebenso war der Regierungsbeauftragte der Regierung Modrow für den Bezirk Gera, Norbert Kobus, ein besonnener und vernünftiger Mann.

In Gera konnten erst ab dem 8. Januar 1990 Vertreter des Bürgerkomitees die Sicherung der Stasi-Akten innerhalb der Stasi-Gebäude überwachen. Bis dahin traf sich das aus allen alten und neuen

---

[1] Michael Beleites und Roland Geipel (1999): Späte Besetzung - frühe Aktenöffnung. Das Bürgerkomitee und die Kontrolle der Stasi-Auflösung in Gera. Horch und Guck, Heft 25 (1/99). S. 7-14.

politischen Parteien und Gruppierungen repräsentativ zusammengesetzte Bürgerkomitee einmal wöchentlich beim Rat des Bezirkes und lies sich von den Vertretern des Staatssicherheitsdienstes über den Stand der Auflösung des MfS unterrichten. Die letzte dieser Bürgerkomitee-Sitzungen vor der Weihnachtspause 1989 fand im Stasi-Gebäude statt. Dort bot der Leiter der Staatssicherheit, Michael Trostorff, an, im Anschluss an die Beratung Grundsatzdokumente und Arbeitsrichtlinien der Stasi einzusehen. Jörn Mothes und ich nahmen dieses Angebot an und blieben nach der regulären Sitzung da.

Aber die bereitliegenden Stasi-Dokumente haben wir dann doch nicht gelesen. Wir kamen mit Michael Trostorff ins Gespräch – und redeten bis in den späten Abend hinein. Er griff die Redewendung eines Bürgerrechtlers auf, der von einer „Trauer um die im Misstrauen verloren gegangenen Energien" gesprochen hatte. Die ganze Tragweite der Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas durch das Vorhandensein des Spitzelapparates der Stasi war ihm offenbar jetzt erst bewusst geworden. Aber seine Betroffenheit schien echt. Auch seine Beteuerung, dass nun eine grundlegende politische Veränderung herbeigeführt werden müsse, in der nichts so bleibt, wie es war, wirkte glaubwürdig. Bei allen Differenzen gingen er und wir damals davon aus, dass eine Demokratisierung der DDR nicht in einer 1:1-Übernahme des West-Modells bestehen konnte, sondern wir eigene Wege finden mussten – Wege, die auch Übergangslösungen für einen bruchlosen und geregelten Systemwechsel möglich machten. In einer künftigen Bezirks- oder Landesregierung wollten wir alle politischen Kräfte vertreten wissen. Jede Partei sollte ihrem Stimmenanteil entsprechend an der politischen Neugestaltung beteiligt werden. Die unterlegene politische Strömung in die Opposition zu schicken, das war ein Modell, das wir uns erst für die Zeit vorstellen konnten, in der der Systemwechsel zur Zufriedenheit einer wirklichen Mehrheit vollzogen war. Und auch dann nur für den Fall, das sich der Ansatz einer kooperativen Regierungsform nicht bewähren würde.

Ja, meine Damen und Herren, die 89er Wende war keine „utopiefreie Revolution", als die sie heute von manchen dargestellt wird. Gerade aus der Perspektive der Pragmatiker schien es folgerichtig, neue und vor allem eigene Wege zu gehen. Der Fortgang der Ereignisse des Jahres 1990, war auch in Gera immer wieder von Spannungen und Konflikten überschattet. Dennoch stand hier immer das Minimalvertrauen im Hintergrund, dass die jeweils andere Seite auf ihre Weise das Beste für unsere Stadt und unser Land erreichen will. Dieses neue Miteinander in Gera, das spezifisch Geraer Selbstverständnis, nicht als Vertreter, sondern als Bürger dieser

Stadt zu handeln, machte auch Verhandlungsergebnisse möglich, die andernorts noch lange auf sich warten ließen.

Hier möchte ich an die Geraer Sondersituation der Aktenöffnung erinnern. Um über den künftigen Umgang mit den Stasi-Unterlagen ein sachgemäßes Urteil zu finden, mussten von Verfolgung Betroffene einmal einen Blick in ihre eigenen Akten werfen können. Als nach schwierigen Verhandlungen Roland Geipel und ich am 1. März 1990 unsere Akten zur Einsicht vorgelegt bekamen, war solches andernorts noch völlig unmöglich. So waren wir wohl die ersten, die die eigene Stasi-Akte in die Hand bekamen. Und unsere Empfehlung an den Zentralen Runden Tisch in Berlin lautete: Aktenöffnung für Betroffene – aber auch Datenschutz für all jene, die nebenher mit bespitzelt worden waren. Roland Geipel und ich waren uns darin einig, dass ein gesellschaftlicher Versöhnungsprozess nur über Täter-Opfer-Gespräche führt – und dass solche Gespräche nur dann möglich sind, wenn die Betroffenen vorab Kenntnis von ihren Stasi-Unterlagen haben. Unsere eigenen Erfahrungen in Gesprächen mit jenen früheren Stasi-Offizieren, die unsere Verfolgung organisiert hatten, bestätigten diesen Ansatz. Auch das war eine besondere Geraer Geschichte, dass solche Gespräche überhaupt zustande kamen.

Das Übergangsjahr 1990 bot so manche quasi rechtsfreien Räume und Zeiten. So gab es auch in Bezug auf die Sicherung der Stasi-Unterlagen eine Zeit, in der es das Bürgerkomitee nicht mehr gab und die Stasiunterlagen-Behörde noch nicht gab. In Gera wurde die entsprechende Übergangsverwaltung von Andreas Schmidt geleitet. Und er hatte den Mut, die von uns angestrebte Aktenöffnung für wenige exemplarische Fälle vorzuziehen: So bekamen der Schriftsteller Reiner Kunze, der Pfarrer Walter Schilling und der Lyriker Jürgen Fuchs Kopien ihrer Akten zu lesen. Wenn das allgemeine Akteneinsichtsrecht für Betroffene, das ab Anfang 1992 in Kraft trat, nicht gekommen wäre, dann wären diese exemplarischen Fälle aus dem Bezirk Gera die einzigen geblieben, anhand derer man die spezifischen Stasi-Methoden der politischen Verfolgung publik gemacht hätte.

Während wir die Aktenöffnung als Voraussetzung für Täter-Opfer-Gespräche und eine gesellschaftliche Aussöhnung ansahen, argumentierten viele in die umgekehrte Richtung: Durch eine Aktenöffnung würde es zu einer Hexenjagd auf frühere Stasi-Spitzel kommen und die ehemaligen Stasi-Angehörigen würden pauschal und stellvertretend für die repressive SED-Diktatur verantwortlich gemacht. Es käme so zu einer Spaltung der Ostdeutschen in die „guten“ und die „bösen“. Es würden durch die Fokussierung auf die Vergangenheit

wiederum Energien vergeudet, die für den demokratischen Neuaufbau dringend nötig waren. Es würden Menschen pauschal ausgegrenzt und so gerade nicht in die Demokratie integriert, sondern mental eher dorthin zurückgestoßen, wo sie herkamen.

Aus der Rückschau betrachtet, müssen wir leider einräumen, dass viele Argumente der Gegner einer Aktenöffnung ihre Bestätigung fanden. Mit den neuen Verhältnissen zog auch ein neues Denken ein. Und das war nicht jenes *Neue Denken*, mit dem Gorbatschow seine Reformen und seine Initiative für ein gemeinsames europäisches Haus begonnen hatte, in der Annahme „Alle werden sich ändern müssen."[2] Es war die Übertragung des ökonomischen Wettbewerbsdenkens auf die soziale Sphäre. Nun ging es allerorten um *Wachsen oder Weichen*, um *Gewinnen oder Verlieren*. So, wie im Außenpolitischen nun die Haltung derer bestimmend wurde, die den Kalten Krieg nicht beendet, sondern gewonnen hatten; so machte sich auch im Innenpolitischen eine Kultur des *Kampfes um's Dasein* breit, die politische Gestaltung nur aus einer Gegnerschaft zu anderen herleitete. Dass parlamentarische Initiativen allein deswegen zurückgewiesen werden, weil sie von den „anderen" kommen, schien uns damals unvorstellbar. Heute ist das der Normalfall.

In dem Maße, wie es an kreativen Ideen mangelt, profilieren sich die Parteien nicht mehr mit den eigenen Stärken, sondern mit den Schwächen der anderen. Wenn auch das nicht mehr hilft, geht man dazu über, die anderen zu dämonisieren – oft auch mit falschen historischen Vergleichen: Wer sich gegenseitig als „Nazi-Partei" oder „Mauermörder-Partei" beschimpft, muss sich über die Radikalisierung der jeweils anderen nicht wundern – und über die lähmende Überanpassung in der vor Angst erstarrten „Mitte" auch nicht.

Wenn wir uns die revolutionäre Zeit vor 30 Jahren wieder vor Augen führen, so erinnern wir uns an den Ruf „*Wir* sind das Volk", der sich zuerst an die „Volkspolizei" richtete. Ab dem 9. November 1989 war dann immer wieder der Ruf zu hören: „Wir sind *ein* Volk". Vom Tag der Maueröffnung an ging es um die Deutsche Einheit. Wir haben sie erreicht und sie ist – trotz aller Reibereien zwischen „Ossis" und „Wessis" weitgehend gelungen. Aber sind wir wirklich heute *ein* Volk, ein geeintes Volk? Was die Ost-West-Befindlichkeiten angeht, sind wir das. Jeder kann sowohl positive, als auch negative Geschichten erzählen über das Zusammenwirken von West- und Ostdeutschen beim Aufbau Ost. Aber in der Gesamtschau überwiegt die Dankbarkeit über das gemeinsam Erreichte. Was aber die

[2] Gorbatschow, Michail (2017): Kommt endlich zur Vernunft! Michail Gorbatschow im Gespräch mit Franz Alt. Benevento Publishing, Salzburg/München. 60 S. (S. 20f)

neuen Spaltungen betrifft, die tiefen Gräben zwischen Links und Rechts, zwischen angepassten und unangepassten Zeitgenossen, da müssen wir vielleicht wieder einstimmen in den mahnenden Ruf: Wir sind *e i n* Volk!

Vor wenigen Tagen wurde eine vom MDR in Auftrag gegebene Umfrage veröffentlicht, wonach jeweils 46 % der Deutschen angaben, in puncto Meinungsfreiheit und Mitbestimmung sei die Situation seit dem Mauerfall nicht besser oder gar schlechter geworden.[3] Wie konnte es dazu kommen, dass die knappe Hälfte der Bevölkerung das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit von Politik und Medien verloren hat? Sind wir vielleicht mitbeteiligt an dieser Stimmungslage, weil wir uns wieder zu angepasst verhalten? Erst gestern ist ein Artikel der Schriftstellerin Monika Maron in der Neuen Züricher Zeitung erschienen, der vielleicht Antworten auf diese Fragen gibt. Monika Maron meint:

„Seit 1990 sind fünf Millionen Ostdeutsche in den Westen gezogen. Die Jugend, die dem Osten fehlt, lebt im Westen. Auch danach hätte man fragen können, ehe man ganz Sachsen zum Nazisumpf erklärt und, wie eine Journalistin kürzlich stolz verkündete, keinen sächsischen Apfelsaft mehr kauft. Man hätte fragen können, was die Menschen plötzlich auf die Strasse treibt, bevor man sie als «besorgte Bürger» lächerlich macht, als «Abgehängte» diffamiert und über den Umweg rechtsradikal und rechtsextrem als Nazis über eine Grenze schiebt, die sie vielleicht nie hatten übertreten wollen. […] Schon die Frage, ob der Klimawandel wirklich nur menschengemacht ist oder wie viel Einwanderung eine Gesellschaft verträgt, ohne schwerwiegenden Schaden zu nehmen, oder ob dieses Genderkauderwelsch wirklich den Frauen nutzt, kann ausreichen, um rechter Gesinnungsart verdächtigt zu werden. […]

Es liegt mir fern, die Bundesrepublik mit der DDR zu vergleichen. Weder fürchte ich, mein Buch könnte wie in der DDR verboten werden, noch halte ich für möglich, dass ich juristisch belangt werden könnte. Und trotzdem habe ich dieses Gefühl. Natürlich, Deutschland ist ein Rechtsstaat; darum werden Bücher nicht verboten und Schriftsteller nicht verhaftet. Aber es gibt auch in einem Rechtsstaat Möglichkeiten, Menschen wegen unerwünschter Meinungen die Existenz zu erschweren oder sogar zu zerstören. Wenn Zweifel schon verdächtig sind, wenn Fragen als Provokationen wahrgenommen werden, wenn Bedenken als reaktionär gelten, wenn im Streit nur eine Partei immer recht hat, können einen alte Gefühle eben überkommen. Und dann kann man darüber

[3] https://www.mdr.de/nachrichten/datawrapper-infratest-meinungsfreiheit-100.html

verzweifeln, vor Wut toben oder darüber lachen, unser schönes galliges Gelächter."[4]

Vielleicht tragen wir auch in der Geschichtsaufarbeitung mit zu dieser fatalen Stimmungslage bei, wenn wir in diesem Jahr allerorten 30 Jahre Mauerfall feiern, aber mit keinem Wort auf 100 Jahre Versailles eingehen? Schließlich gibt es heute viele Historiker, die den Vertrag von Versailles als unverhältnismäßig einstufen – und als eine wesentliche Ursache für den Wahlsieg der Nationalsozialisten von 1933 und für den Beginn des Zweiten Weltkrieges.

Was wir heute in der emotionalen Links-Rechts-Spaltung unserer Gesellschaft erleben, hatte vielleicht auch eine Vorgeschichte in der unmittelbaren Nach-Wende-Entwicklung: Indem wir faktisch eine weitgehend undifferenzierte Ausgrenzung der Stasi-Verstrickten unterstützt oder zumindest gutgeheißen haben, haben wir einen Präzedenzfall dafür geschaffen, wie die mediale Ächtung eines Teiles der Bevölkerung als legitim gelten und sogar im Namen der Demokratie betrieben werden kann. Wenn wir heute zu einer Haltung gedrängt werden, die, um die eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu verhüten, eine andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit legitimiert, dann geschieht es nicht zum ersten Mal. Vielleicht haben auch wir an der Etablierung von Verhältnissen mitgewirkt, die unsere Demokratie gefährden? Vielleicht haben wir es zu weit getrieben mit der Profilierung politischer Gegnerschaft? Möglicherweise stehen wir heute wieder vor der Herausforderung einer gesellschaftlichen Aussöhnung?

Wenn dem so ist, dann kann Gera hier an eine Erfolgsgeschichte anknüpfen: Ich meine den Umgang mit den strahlenden Hinterlassenschaften der Wismut. Nachdem der Uranerzbergbau beendet worden war, stand Gera zusammen mit dem ganzen Wismut-Gebiet vor einer Herkulesaufgabe: Es ging es um die Wiedergewinnung einer lebenswerten Heimat, um eine sozialverträgliche Abwicklung des Uranbergbaus, ja, um eine Versöhnung im Angesicht der verwüsteten Heimat und der Strahlenopfer. Es ging um eine Versöhnung der Menschen untereinander und ebenso um eine Versöhnung der Menschen mit sich selbst; denn ganz viele waren Beteiligte und Betroffene zugleich. Eine wichtige Voraussetzung für Versöhnung ist die Wiederherstellung von *Beheimatung*. Und dafür war es richtig, bei der Umweltsanierung die Heilung der Landschaft in den Mittelpunkt zu stellen. Dabei konnte nicht rekonstruiert werden, was verloren war, aber es konnte wieder eine

[4] https://www.nzz.ch/feuilleton/monika-maron-es-liegt-mir-fern-die-bundesrepublik-mit-der-ddr-zu-vergleich-ld.1519713

Landschaft geschaffen werden, die den Namen Kulturlandschaft verdient. Das ist seit der gelungenen Bundesgartenschau in Gera und Ronneburg 2007 auch weithin sichtbar. Wer die Wismut-Landschaften der 1970er und 80er Jahre in Erinnerung hat und heute vom Reuster Bismarckturm aus in die Landschaft schaut, der spürt Erleichterung und ahnt, dass hier wieder eine Beheimatung möglich wird. Auch ich fühle hier eine Versöhnung mit der Wismut-Geschichte.

Und, was mein Verhältnis zu Gera betrifft, so geht es mir da ganz ähnlich: Gera ist nicht nur schöner geworden, Gera hat heute auch eine viel offenere und freiere Atmosphäre als in den 80er Jahren. Als ich im Jahr 2000 wieder nach Gera kam um meine 1987 heimlich gedrehten Videoaufnahmen zu dem Film „Tabuzone" zu schneiden, kam ich in eine Stadt, die eine andere geworden war. Mit Kathrin Zimmer, die in diesem Sommer viel zu früh verstorbenen ist, hatte ich beim *Offenen Kanal Gera* die alten Aufnahmen gesichtet. Da kamen wir uns beide vor, wie zurückgekehrte Vertriebene. Sie war aus Köln ganz nach Gera zurückgekommen, ich nur zu Besuch aus Dresden. Beide spürten wir, Gera ist ein Teil von uns – und zwar ein Teil, der nun wieder heller wird.

Heute spielt auch die Erinnerung an die DDR-Zeit eine maßgebliche Rolle in Gera. Da gibt es die Gedenkstätte Amthordurchgang, die wesentlich durch ihre erste Leiterin, Kathrin Zimmer, geprägt wurde, die selbst hier Häftling war. Es gibt die Geraer Außenstelle der Stasiunterlagen-Behörde, die mit Andreas Schmidt, Andreas Bley und Reinhard Keßler immer von Menschen geleitet wurde, die vor 30 Jahren dem Geraer Bürgerkomitee zur Stasi-Auflösung angehörten. Und es gibt ein bemerkenswertes zivilgesellschaftliches Engagement, so die vom damaligen Begründer der Geraer SDP, Tilo Wetzel, initiierten Zeitzeugenprojekte. Gerade dabei geht es um die gegenseitige Verständigung über biographische Entwicklungen. Dass Menschen sich ändern, ist ja die Grundannahme der Demokratie. Sich darüber respektvoll auszutauschen, ungeachtet verschiedener politischer Überzeugungen, sollte eigentlich völlig normal sein.

Gerade das ist aus meiner Sicht die entscheidende Lehre aus der Wendezeit: Lasst uns miteinander sprechen, statt übereinander. Nie wäre 1989/90 eine „Friedliche Revolution" gelungen, wenn wir uns nicht getraut hätten, uns mit den anderen an einen Tisch zu setzen. Heute müssen wir darauf achten, dass die mit der Links-Rechts-Konfrontation einhergehende Zersetzung von Vertrauen und Vertrauensfähigkeit in der Gesellschaft nicht auch noch unser soziales und ökologisches Engagement untergräbt. Und auch nicht unsere Freundschaften. Lasst uns aufeinander zugehen. Nicht als Vertreter von Ideologien – sondern als *Bürger dieser Stadt!*